



CVP-Fraktion Stadtparlament Wil

Postulat

Oberstufe Wil

Der Prozess der Oberstufenfrage ist zum Stillstand gekommen. Die CVP-Fraktion ist sich bewusst, dass das Erreichen einer einvernehmlichen Lösung schwierig ist, da die beteiligten Parteien in verschiedenen Belangen über den eigenen Schatten springen müssen und eine Lösung nur dann möglich ist, wenn ein Klima gegenseitigen Vertrauens herrscht. In Anbetracht der Bedeutung des Themas erwartet die CVP-Fraktion, dass die Beteiligten darauf hinarbeiten.

Positiv zu erwähnen ist, dass sich Stadt und Kloster in dem sachlich wesentlichsten Punkte aufeinander zu bewegt haben. Der Stadtrat und Schulrat Wil mit dem bedeutsamen Schritt, zu Gunsten des St. Katharina auf eine der städtischen Oberstufen zu verzichten. Das St. Katharina, indem es sich bereit erklärt hat, die von der Stadt vorgeschlagene Anzahl Wiler Schülerinnen und Schüler, nämlich je 5 Mädchen- und Knabenklassen (Sekundar- und Realschule) zu beschulen.

Der Grund, dass der Weg zur Umsetzung nicht gefunden wurde, scheint in einigen wesentlichen inhaltlichen Differenzen betreffend die Rahmenbedingungen und in der Form des Vertragswerkes zu liegen.

Die CVP-Fraktion möchte auf folgende Fragen Antworten und bittet den Stadtrat um Berichterstattung:

- 1.) **Gesetzlich zwingenden Bestimmungen:** Welche Aufgaben müssen aus Sicht des Stadtrates gesetzlich zwingend durch den Schulrat der Stadt Wil erfüllt werden? Mit welcher Begründung?
- 2.) **Teilautonomie der Schulen:** Wie kann aus Sicht des Stadtrates sicher gestellt werden, dass im Bereich der Lehrpersonenwahl, der Genehmigung des Schulreglementes die Entscheide der Leitung des St. Katharina respektiert und umgesetzt werden. Sind, um gleich lange Spiesse zu gewährleisten, Anpassungen in der Oberstufe Lindenhof notwendig?
- 3.) **Klassenzahl - Räumlichkeiten:** Verschiedene Modelle gehen von zu geringen Klassenzahlen aus, die eine vernünftige Schulführung verunmöglichen. Es erscheint uns auch für Eltern und Schülerinnen und Schüler nicht zumutbar, dass es Jahrgänge geben soll, in denen zum Beispiel eine Realklasse nicht angeboten wird. Die Schule St. Katharina will deshalb sicher stellen, dass sie mittels auswärtiger Schülerinnen und Schüler einen vernünftigen Schulbetrieb gewährleisten kann. Ist der Stadtrat bereit, diese Absicht insofern zu unterstützen, indem er eine Lösung sucht, bei der die Stadt die notwendigen Räume zur Verfügung stellt (Die Finanzierung derselben sollte über das sogenannte „volle“ Schulgeld ja kein Problem sein. Zudem ist es aus Sicht der CVP-Fraktion günstiger, allenfalls ein paar Räume zusätzlich zu erstellen, statt ein ganzes Schulhaus zu bauen.).
- 4.) **Schülerinnen- und Schülerzuteilung:** In der Syntegration wurde als Ergebnis festgehalten, dass primär das Prinzip der freien Schulwahl gelten soll. Nur wo dieses nicht möglich ist (Klassenzahl, Grösse etc.), muss korrigierend eingegriffen werden. Ist es richtig, dass der Schulrat zu diesem Anliegen steht und die Zuteilung primär nach den Wünschen der SchülerInnen erfolgt? Bei welchen Kriterien und mit welcher Begründung würde der Schulrat davon abweichen?

- 5.) **Eigenständige Schulen:** Lindenhof, Sonnenhof und St. Katharina haben erkennbare Schulprofile mit wertvollen Inhalten, welche den Charakter der Schulen prägen und die eine besondere Leistung darstellen. Das St. Katharina positioniert sich als christliche Werteschule mit ökumenischer Offenheit. Wie kann aus Sicht des Stadtrates gewährleistet werden, dass dieser Ausrichtung auch in Zukunft nachgelebt werden kann?
- 6.) **Auswärtige Schülerinnen und Schüler:** Um die unter Ziff.3.) beschriebene Schulführung zu ermöglichen, muss das St. Katharina die Leistung erbringen, jedes Jahr rund 5 Klassenbestände auswärtiger Schülerinnen und Schüler zu finden. Dies ist langfristig und verlässlich nur möglich, wenn die Stadt dazu ein grundsätzliches Einverständnis gibt und das St. Katharina nicht erst mit Suchen und Zusagen nach dem offiziellen Zuweisungsbeschluss beginnen kann. Wie sieht der Stadtrat hier eine gangbare Lösung?
- 7.) **Vertrag:** Welche Ziffern des bestehenden Schulvertrags gaben in der Vergangenheit zu Unstimmigkeiten Anlass? Es steht zur Diskussion, den alten Vertrag (der einen Viertel der Leistung abdeckt) mit einem zweiten Vertrag (der die andern drei Viertel betrifft) zu ergänzen. Als Variante soll ein einheitlicher neuer Vertrag geschaffen werden. Unter welchen Bedingungen kommt für den Stadtrat die Variante mit der Vertragsergänzung in Frage? Welche Artikel geben zu Beanstandungen Anlass?
- 8.) **Mediation:** Ohne sich in Vorwürfen und Schuldzuweisungen zu üben: Es ist eine Tatsache, dass die Verhandlungen nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnten. Kann sich der Stadtrat vorstellen, zur Lösungsfindung den Weg einer Mediation zu beschreiten?

Wil, 24. April 2008, CVP-Fraktion

Erich Grob, Erstunterzeichner

О. Ковалев

P. J. Wh

H. Rupp



R. Sch

Adrian Rogers

H. Selmer

J. Lee Light J. Lee



Spencer



R. Frick

U.S. 1000s

unuf

J. Allen

M. W.



of and
M. L. L.